

Mia Manstein studiert Psychologie an der Universität Trier und schreibt ihre Bachelorarbeit über falsche Erinnerungen. Sie ist seit April 2020 Stipendiatin der FNF.



Sophie Schlünz studiert Marketing und Internationales Management an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg. Sie ist seit April 2020 in der Studienförderung der FNF. Sie war zusammen mit Jannik und Sabrina für die Korrektur der Beiträge verantwortlich.



LIBERALE MEDIENAKADEMIE

Friedrich-Naumann-Stiftung
Für die Freiheit



Matilda März studiert Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sie ist seit April 2018 Stipendiatin der FNF.

Folgt man dem Sinnbild Rousseaus der Medien als vierte Staatsgewalt, dann sind sie zweifellos die mächtigste aller Gewalten. Während Legislative, Exekutive und Judikative einander kontrollieren, läuft jede Kontrolle der Medien der Freiheit ihrer Akteure – den Journalist:innen, uns – entgegen. Gehen wir verantwortungsvoll mit dieser Macht um? Die politische Vielfalt in den Redaktionen scheint zu schwinden. Ökonomisches Ermessen bestimmt das journalistische Ethos. Journalismus wird zunehmend mit Aktivismus verwechselt. Diese Tendenzen machen es heute wichtiger denn je, gegen das Bild einer unkontrollierbaren Macht anzukämpfen. Wir sind kontrollierbar – aus uns selbst heraus. Indem wir ehrliche Debatten führen, Meinungsvielfalt wertschätzen und begründete Kritik aneinander üben. Aber auch, indem wir das journalistische Handwerk erlernen, uns der Wirkung des geschriebenen Wortes bewusst werden und die richtige Sprache für den richtigen Kanal finden.

Im Laufe der Medienakademie sind wir dank Jörg Sadrozinski und Cordt Schnibben in diese Verantwortung hereingewachsen, auf den folgenden Seiten wollen wir ihr nachkommen. Entstanden sind elf Beiträge von elf Stipendiat:innen zum Verantwortungsbegriff, die – hier komme ich um die Floskel nicht herum – unterschiedlicher nicht sein könnten. Eines haben jedoch alle Texte gemeinsam: In ihnen dürften sich in nicht geringem Ausmaß die Seminare der vergangenen Monate widerspiegeln.

Die inhaltliche Ausgestaltung, die gewählte Textart, all das blieb den jeweiligen Autor:innen überlassen. Wir sind selbst in die Korrekturrolle geschlüpft: Jeder Beitrag wurde von mindestens zwei anderen Autor:innen redigiert, bevor er für das Layout freigegeben wurde. Auch die grafische Untermalung kommt aus den eigenen Reihen: Wer Jenny Joy mit ihren künstlerischen Fähigkeiten in seiner Redaktion weiß, der braucht keine Fotos mehr. Vielen Dank für die intelligente und charmante Untermalung, Jenny! Vielen Dank an Sabrina, Sophie und Jannik für die Korrekturtätigkeiten und an Isabel, eine Textchefin, wie man sie sich zuverlässiger nicht wünschen könnte. Vielen Dank an alle Autor:innen für die vielfältigen Interpretationen unseres Oberthemas, welche die folgenden Seiten so lesenswert machen, und an die weiteren Teilnehmenden der Medienakademie, die mit ihren Meinungen die vergangenen Seminare noch bunter gemacht haben. An die FNF, die uns ein so bereicherndes wie zeitgemäßes Programm ermöglicht. Und letztlich: Danke an Jörg Sadrozinski und Cordt Schnibben! Für euer Wissen, eure herrlichen Anekdoten, für den ehrlichen und kritischen Austausch zu unseren journalistischen Erzeugnissen in einer Zeit, in welcher die Möglichkeiten des Internets schnell dazu verleiten, sich für den geborenen Journalisten zu halten. Es ist immer wieder erstaunlich, wie viel verstecktes Potential in „fertigen“ Texten noch schlummert.



Tanja Kerscher studiert Psychologie an der Universität Regensburg und ist seit April 2021 Stipendiatin der FNF.



Helene Wirth geb. Übelhack promoviert an der RWTH Aachen am Institut für Politische Wissenschaft. In ihrem Dissertationsprojekt untersucht sie den Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen in Deutschland.



Jonas Detering studiert Demokratiewissenschaften in Regensburg und ist seit 2018 Stipendiat:in.



Isabel Braun ist seit 2020 Promotionsstipendiatin der FNF. Sie promoviert zum Thema „Medienkonzentrationsrecht im digitalen Zeitalter“ an der Universität Potsdam.



Fabian Alexander Eiden promoviert an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg im Bereich der frühmittelalterlichen Studien. Seine Promotionsprojekt ist eine Geschichte der Königinnen im England des 9. und 10. Jahrhunderts. Seit 2019 ist er Promotionsstipendiat der FNF.

Autor:innen



Jenny Joy Schumann studiert Rechtswissenschaften (Staatsexamen) an der Universität Leipzig. Sie ist seit Oktober 2020 Studienstipendiatin der FNF.



Jannik Küchen promoviert im Fach Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Tübingen zum Thema „Körperkonzeptionen in der Gegenwartsliteratur – Der Körper als Gefängnis“. Seit 2020 wird seine Arbeit durch ein Promotionsstipendium der FNF gefördert.



Sabrina Wagner ist in der Grundförderung der FNF seit April 2020. Sie studiert Sprache und Kommunikation an der Universität Mannheim im Master.



Fabian Hahn studiert Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit April er in er Studienförderung der FNF.

Now available: Liberale Medienakademie

von Dr. Katja Hartmann, Leiterin Begabtenförderung

Unsere Meinung wird täglich von Medien beeinflusst, egal ob von klassischen Tages- oder Wochenzeitungen oder von Twitter, Instagram, TikTok oder Youtube. Analoge und digitale Medien liefern einen unversiegbaren Strom an Informationen. Jeder kann jeder Zeit Nachrichten lesen; jeder kann jeder Zeit Nachrichten produzieren. Lange vorbei sind die Zeiten, in denen erst der morgentliche Blick in die Zeitung ausgewählte Neuigkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur brachte. Stattdessen informieren Bürger Bürger, Politiker ihre Wähler, Fußballstars ihre Fans, etc. Der Zugang zu Informationen ist unkompliziert, meist uneingeschränkt und für viele überfordernd, da nun nicht mehr eine Chefredakteurin entscheidet, welche Nachrichten auf Seite 1 oder auf Seite 10 kommen, sondern jeder selbst. Aber auch Journalistinnen und Journalisten müssen sich diesen neuen Herausforderungen stellen. Um mit seinen Themen in der Informationsflut gesehen zu werden, Diskussionen anzustoßen und Meinungen wirkungsvoll zu platzieren, bedarf es Verständnis der sich stetig wandelnden Medienwelt, Kenntnisse und praktisches Know-How. Aber das will gelernt sein.

Die Liberale Medienakademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat sich zum Ziel gesetzt, eine neue Generation von liberalen Journalistinnen und Journalisten auf die Herausforderungen der digitalen Medienwelt vorzubereiten. Wir wollen sie befähigen, sich in der digitalen Medienwelt Gehör und Sichtbarkeit zu verschaffen, sie lehren, den interaktiven Dialog mit ihrem Publikum konstruktiv zu gestalten und sie dazu ausbilden, ein neues Verhältnis zwischen Medien und Usern zu schaffen.

Die Idee und der Wunsch, ein besonderes Angebot für angehende Journalistinnen und Journalisten in der Stiftung zu schaffen, ist Jahre, wenn nicht Jahrzehnte alt. Die Bedingungen für die Umsetzung waren nicht immer gegeben. Im letzten Jahr ist nun der Start einer „Liberale Medienakademie“ als Sonderprogramm in der ideellen Förderung gelungen. Das Programm richtet sich an Stipendiatinnen und Stipendiaten, die auf zwei unterschiedlichen Niveaustufen ins Arbeitsfeld „Journalismus“ eintauchen können. Organisiert und umgesetzt wird das Programm der Liberalen Medienakademie von Jörg Sadrozinski und Cordt Schnibben. Beide Journalisten zeichnen sich durch langjährige Berufserfahrungen, profunde Kenntnisse der Medienlandschaft und ausgedehnte Netzwerke aus.

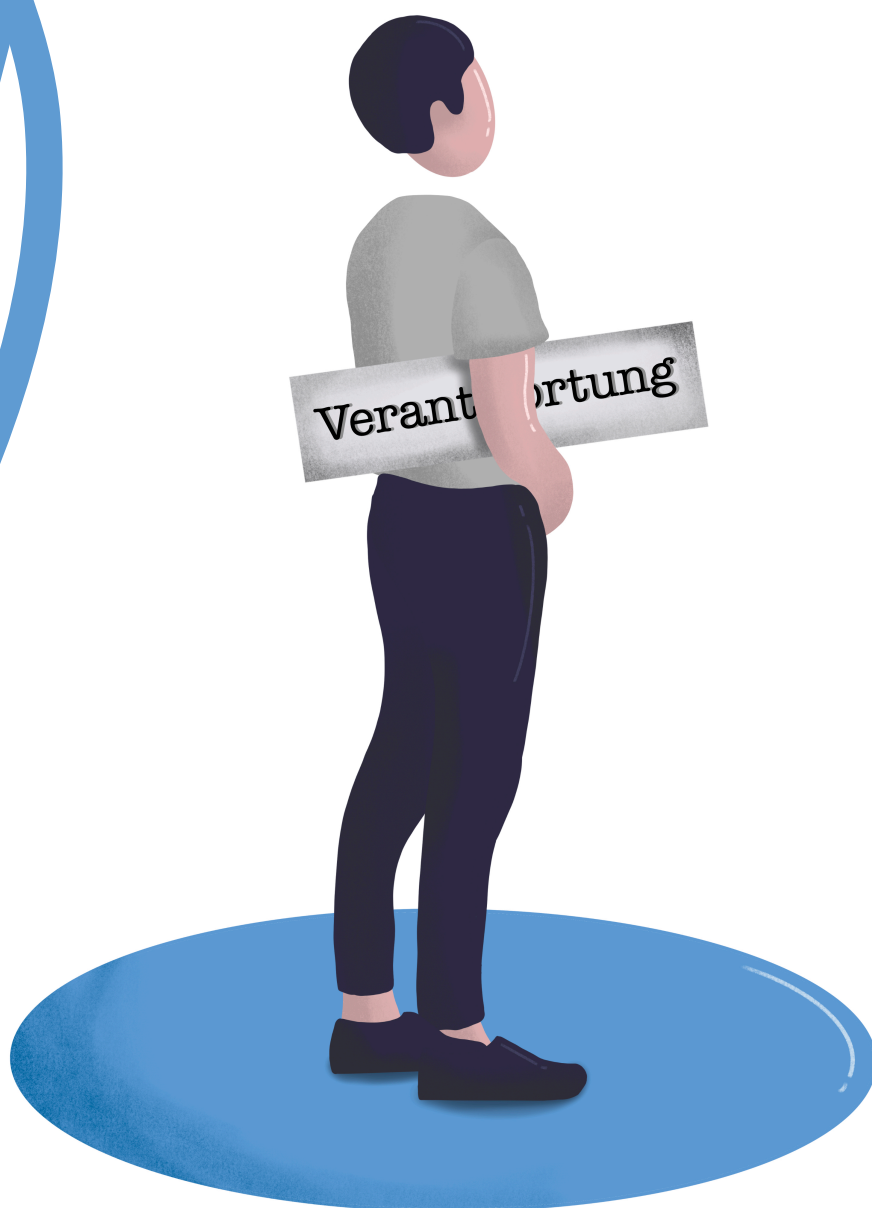
Bereits im Herbst 2021 starteten die ersten 20 Teilnehmenden der „Rookie-Klasse“ (Grundlagenkurs) in das Jahresprogramm. Zum Auftakt in Potsdam kam Günther Jauch zum Kamingespräch in die Truman-Villa. Die Teilnehmenden absolvieren vier modular aufgebaute, mehrtägige Präsenzmodule, in denen Expertinnen und Experten ihnen Einblicke in ihre Arbeit geben, ihnen Techniken vermitteln oder Hilfestellung für die Textproduktion geben. Die Dozentinnen und Dozenten, die Trainerinnen und Trainer der einzelnen Module kommen aus der Praxis und haben langjährige Erfahrung in ihrem Fachgebiet. Ergänzt wird das Programm durch das Angebot der Reporterfabrik, einer digitalen Plattform für Journalistinnen und Journalisten, die zahlreiche Podcasts, Video-Tutorials und Webinare rund um das Thema Journalismus für alle Medien anbietet. Das digitale Angebot kann zeit- und ortsunabhängig genutzt werden. Ein zentraler Baustein des Programms ist die Praxis. So sind Teilnehmende herzlich eingeladen, die FNF sozialen Medien, das Magazin liberal und auch den freiraum mit ihren Beiträgen zu bereichern. In dieser Ausgabe können Sie bereits Beiträge der Teilnehmenden lesen.

Im Herbst 2022 startet nicht nur der zweite Jahrgang der Rookies, sondern auch die Profi-Klasse, die sich direkt an Personen richtet, die das Berufsziel „Journalistin oder Journalist“ klar vor Augen haben. Dazu lädt die Begabtenförderung besonders angehende Medienschaffende ein, sich für ein Stipendium zu bewerben. Seit März läuft dazu eine gezielte Werbekampagne an Hochschulen mit Studiengängen, die Journalistinnen oder Journalisten ausbilden. Die Teilnehmenden an der Liberalen Medienakademie erhalten über die Studieninhalte hinaus, Angebote zur Praxis, ein Mentorenprogramm sowie Zugang zu einem Netzwerk, welches die Tür zu Praktika oder Volontariaten öffnet. Ist Ihr Interesse geweckt? Dann schauen Sie doch mal auf die Webseiten der Liberalen Medienakademie unter <https://www.freiheit.org/de/liberale-medienakademie>.

Alumnae und Alumni, die selbst im Bereich Presse, Öffentlichkeitsarbeit oder Medien tätig sind und sich als Mentorinnen und Mentoren oder Referentinnen und Referenten einbringen möchten oder Praktikumsplätze anbieten können, sind herzlich willkommen, sich an katja.hartmann@freiheit.org zu wenden.

Das Programm soll stetig ausgeweitet werden, damit liberale Meinungen und Positionen in den Medien zukünftig noch sichtbarer werden.

Verantwortung des Individuums





Ausschnitte aus den Interviews mit Elena, Iryna und Andrii, sowie Eindrücke von ukrainischen Protestmärschen

„Damals floßen die Tränen von alleine“

FABIAN ALEXANDER EIDEN

Der Krieg gegen die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und unzählige Familien auseinandergerissen. In diesem Text erzählen drei von ihnen über den Kampf ums Überleben, die Flucht und Widerstand gegen Gewalt und Propaganda.

Tschernihiw ist einer der ersten Orte in der Ukraine, den der Krieg in den frühen Morgenstunden des 24. Februar heimsucht. Die Stadt, die ihre erhabene Geschichte noch aus der sagenumwobenen Zeit der Kiewer Rus herleitet, liegt heute nicht einmal 100 Kilometer südlich der belarussischen Grenze, von wo aus die russische Armee zu ihrem Vernichtungsfeldzug gegen die Ukraine und ihre Bevölkerung aufbricht.

Elena wird durch die Sirenen des Fliegeralarms aus dem Schlaf gerissen; dasselbe kreischende Geräusch, das ihr in den kommenden drei Wochen jeden ruhigen Schlaf verwehren wird. Wie fast alle Ukrainer zerrt der Krieg Elena jäh aus ihrem Alltag. Sie hat keine Vorräte angelegt, weiß nur: Sie muss ihre Kinder und sich in Sicherheit bringen, in so viel Sicherheit jedenfalls, wie es der Keller ihres Hauses gegen die russischen Bomben, die ganze Straßenzüge ihrer Nachbarschaft dem Erdboden gleichmachen, zu bieten vermag. Angst schnürt ihr die Brust zu, als sie in Eile die nötigsten Dinge – Lebensmittel, Kerzen – zusammensucht, während draußen die Explosionen stetig näherkommen und die Fenster ihrer Wohnung immer heftiger erschüttern.

Uschgorod liegt im westlichsten Ausläufer der Ukraine, direkt an der slowakischen Grenze, und somit weitab der russischen Marschruten. Aber auch hierhin verirren sich russische Granaten und die ständigen Fliegeralarme machen ein friedliches Leben unmöglich. Als der jüngste Sohn von Iry-

na, die in Uschgorod als Fernsehjournalistin arbeitet, auch eine halbe Stunde nach Ende der Sirenen nicht aufhört zu zittern, weiß sie, dass ihre Heimat nicht länger sicher für ihre Kinder ist. Zugleich bedeutet dies die Trennung von ihrem Mann, Mykhailo. Mit Beginn des russischen Angriffs meldet er sich freiwillig für die ukrainische Territorialverteidigung, auch wenn der Bauingenieur keine militärische Erfahrung hat. Auf unbestimmte Zeit wird die Familie von Irynas und Mykhailos voneinander getrennt.

Im 1700 Kilometer entfernten Cambridge verfolgt Andrii kummervoll die Nachrichten aus seiner Heimat, schon lange bevor die Sonne über dem pittoresken ostenglischen Universitätsstädtchen aufgeht. Während die meisten Einwohner sich anschicken, zwischen Museen, Forschungseinrichtungen und Colleges ihrem Alltag nachzugehen, beginnt Andrii gemeinsam mit anderen ukrainischen Studierenden, Protestmärsche zu organisieren und Schreiben an britische Parlamentarier zu verfassen. Die Resonanz ist groß und noch am Abend versammeln sich über 100 Demonstranten vor der altherwürdigen Kapelle des King's College. Der ukrainische Widerstand ist militärisch, gewiss, aber zu ihm zählen auch die Millionen Menschen der weltweiten ukrainischen Diaspora, die wie Andrii ihre bürgerlichen Freiheiten nutzen, um zivilen Widerstand und Protest zu mobilisieren. Trotzdem ist Cambridge für Andrii nur ein Nebenschauplatz, denn seine Eltern leben noch im ukrainischen Lwiw. Sein 71-jähriger Vater weigert sich lange, die Ukraine zu verlassen. Und Andriis Mutter will Lwiw nicht ohne ihren Mann hinter sich lassen.

In Tschernihiw durchlebt Elena drei Wochen lang den Schrecken des russischen Angriffskriegs: In ihrem Keller ausharrend, wird sie Zeugin, wie die Raketen, die Tag um

Tag auf ihre Nachbarschaft niedergehen, eine Schneise der Verheerung hinterlassen. Wenige Tage nach Beginn des Angriffs bricht die Versorgung der Stadt mit Wasser und Lebensmitteln zusammen. Elena ist gezwungen, den Keller unter Lebensgefahr zu verlassen, um Vorräte für ihre Kinder und sich zu beschaffen.

Die Überlebenden teilen auf den zerbombten Straßen Informationen, wo noch Lebensmittel erhältlich sind und an welchen Ecken Hinterhalte lauern: Denn wer vor Geschäften ansteht, muss jederzeit damit rechnen, von marodierenden russischen Einheiten unter Beschuss zu geraten. Als eine Granate in einem Haus ihrer Straße einschlägt, nimmt Elena mit einigen Nachbarn den Schaden in Augenschein; „wie Mehl“ hat sich Staub zentimeterhoch auf die trümmervolle Ruine gelegt. So stehen Alte, Frauen und Kinder – alle ganz offenkundig Zivilisten – als Überlebenden einer ehemals lebhaften Nachbarschaft beieinander, als plötzlich russische Soldaten das Feuer eröffnen. Während rings um sie Kugeln einschlagen, rennt Elena um ihr Leben. Ohne Wissen, wer von den Anderen den Hinterhalt überlebt hat, erreicht sie den Keller ihres Hauses.

Eine Flucht aus Tschernihiw ist nicht weniger gefährlich als das Ausharren, aber das unablässige Bombardement und die Nahrungsmittelknappheit bewegen Elena zuletzt doch dazu, die Flucht zu wagen. Gleichwohl bedeutet dies, dass sie ihren ältesten Sohn in einem Vorort von Tschernihiw mit Teilen ihrer Familie zurücklassen muss: Er ist älter als 18 Jahre und würde eine Ausreisegenehmigung benötigen: Die aber kann nur das ukrainische Militär ausstellen, und dessen Infrastruktur ist in Elenas Umgebung längst nicht mehr zugänglich.

Andriis Eltern, Iryna und Elena erreichen in den Wochen nach Kriegsausbruch sichere Orte, auch wenn sie hierfür Freunde und Familie in der Ukraine zurücklassen müssen. Für die Länder, die sie aufnehmen, haben sie nichts als Dankbarkeit übrig. Ihre Beteuerungen, man wolle sich einbringen, arbeiten, dem Staat nicht auf der Tasche liegen, rufen beim deutschen Gegenüber angesichts der in diesem Land seit langem geführten Debatten über Geflüchtete ein Gefühl ertappter Scham hervor: Ist das wirklich die Erwartungshaltung, die wir jahrelang an Menschen gerichtet haben, die erst kurz zuvor aus Lebensgefahr zu uns geflohen sind?

Auch wenn sie zu höflich sind, um es offen zu sagen, merkt man ihnen allen an, dass das fehlende Verständnis für den Jahrhunderte alten russischen Imperialismus, das unter Menschen aus dem Westen herrscht, sie traurig macht. Viele hier verstehen nicht, dass Russisch und Ukrainisch unterschiedliche Sprachen sind und werden so leicht zu Wasser auf den Mühlen der kulturimperialistischen Propaganda Moskaus. Noch während seines Wahlkampfes 2022 bezeichnet Emmanuel Macron Russland und die Ukraine als „Bruderstaaten“. Auch das sei ein altes, imperialistisches Mantra, das Viele im Westen unbewusst übernommen hätten: „Ich habe nie verstanden, warum nicht die Polen, die Deutschen oder Engländer meine Brudervölker sein sollen. Ich habe doch mehr Freunde in Frankreich oder den vereinigten Staaten, für mich ergibt das keinen Sinn,“ sagt Andrii.

Damit konfrontiert, dass deutsche Medien noch Tage nach dem Bekanntwerden des Massakers von Butscha von „vermeintlichen“ Gräueltaten an „vermeintlichen“ Zivilisten schrieben, weil sie zunächst keine Korrespondenten vor Ort hatten, schweigt Iryna einen Moment traurig: „Heißt das, die deutschen Medien trauen der ukrainischen Seite nicht, dass die Russen dort Menschen getötet haben?“, fragt sie. Journalistische Sorgfalt ist ein hohes Gut, natürlich, das versteht Iryna als Reporterin am besten. Aber man muss sich klar sein, dass solche Zurückhaltung für die Menschen der Ukraine, die seit 2014 mit unverhohlener russischer Aggression leben, schmerzhaft ist: „Die halbe Ukraine liegt in Asche. Natürlich ist das die Wahrheit. Mit Putin kann man keine Spiele spielen“, sagt Iryna.

Niemand könnte Andrii, Iryna oder Elena einen Vorwurf machen, würde sie der Schmerz und die Angst um ihre Lieben übermannen. Stattdessen gehen sie in den Rollen auf, die ihnen die Ereignisse zuweisen. Bemerkenswert ist, wie oft in all den Nöten, die der Krieg den Menschen aufdrängt, die Rollen von Eltern und Kind vertauscht werden: Andrii reist im März nach Nordrumänien um dort seine Eltern abzuholen, die sich schlussendlich doch für die Ausreise entschieden haben. Sie haben kaum Erfahrungen mit Auslandsreisen und sind auf Andriis Hilfe angewiesen, der sie zuletzt mit sich nach England nehmen kann. Wenn Iryna nachts aus dem Schlaf hochschreckt, sind es ihre Söhne, die sie beruhigen und sie daran erinnern, dass sie sich im sicheren Deutschland befinden und der Fliegeralarm nur ein Albtraum war. Als Elena mit ihrem sechsjährigen Sohn Potap für ein paar Minuten aus dem Keller in Tschernihiw steigt, damit er etwas Tageslicht und frische Luft bekommt, wird die Nachbarschaft wieder von Explosionen erschüttert. Im ersten Moment erinnern die Geräusche Potap an ein Feuerwerk und er beginnt zu lachen. Aber gleich darauf wird ihm der Ernst der Situation bewusst und er will seine Mutter in den schutz bietenden Keller führen – so als wäre er für einen letzten Moment hin- und hergerissen zwischen seiner ihm geraubten Kindheit und dem Erwachsenwerden, zu dem ihn der Krieg zwingt.

Ein Erwachsenwerden, ein Reifungsprozess wäre indessen auch für die Debatten, die wir in Deutschland führen, wünschenswert: Gewinnt man doch oft den Eindruck, dass wir deutsche Behaglichkeitsbedürfnisse über das Leid der ukrainischen Bevölkerung stellen. Sind wir dazu in der Lage, Lehren aus der Geschichte zu ziehen und „Nie Wieder!“ vom Lifestylehashtag zum sicherheitspolitischen Prinzip zu machen? Die Geschichte wird Richterin darüber sein. Menschen wie Andrii, Iryna, Elena und Potap aber schulden wir Solidarität im Hier und Jetzt.

МОЛИТВА ein gebet

коли повертається світ спиною
і знов поміж нами відстань і стіни
говори зі мною
говори зі мною
хай навіть слова ці нічого не змінять

wenn die welt uns den rücken kehrt
und wieder sind zwischen uns weite und wände
red mit mir
red mit mir
zwar können die worte gar nichts verändern

і коли вже довкола пахне війною
і вже розгораються перші битви
говори зі мною
говори зі мною
бо словом також можна любити

und wenn es um uns herum schon nach krieg riecht
und die ersten kämpfe schon beginnen
red mit mir
red mit mir
weil wir mit `nem wort auch lieben

я одне лиш знаю і одне засвоїв
і прошу тебе тихо незграбно несміло:
говори зі мною
говори зі мною
і нехай твоє слово станеться тілом

ich weiß nur eins, das hab ich gelernt
und bitte dich leise befangen verlegen
red mit mir
red mit mir
lass dein wort aber fleisch werden

Юрій Іздрик, 2014 Jurij Izdryk, 2014

aus dem Ukrainischen ins Deutsche übersetzt von Iryna Zrobok, 2022



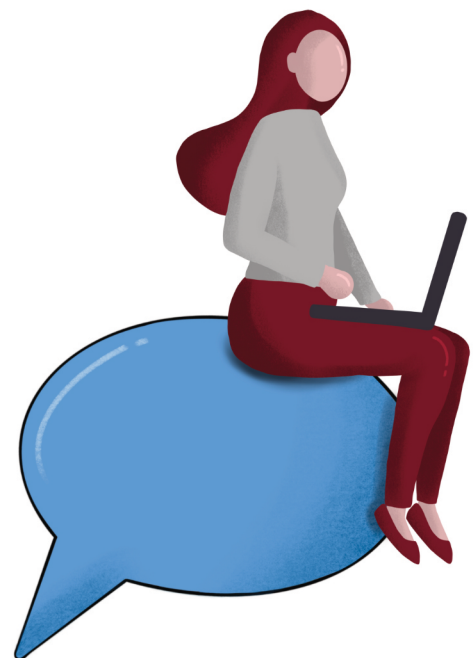
Das Gedicht, gelesen von Andrii und Iryna Zrobok, der Übersetzerin

Sprachparadox

SABRINA WAGNER

Gut, verbessert, am besten. So scheinen einige Deutschexperten zu komparieren, wenn es um den Sprachgebrauch ihrer Mitbürger geht. Bei diesem Thema können gut und gerne selbst Liberale an ihre Toleranzgrenzen stoßen. Zumindest sind die Gedanken frei, wenn doch deren Artikulation den nüchternen Normen des Deutschen folgen muss. Richtig so. Die deutsche Sprache ist immerhin schon schwierig, doch schrecklich schön genug. Vor allem sollten möglichst wenige Anglizismen, Dialekte und Absichten nach politischer Korrektheit ihr System antasten. Verständlich, wo keine Rechtsordnung, da keine Kläger. Und wir lieben unser amtliches Regelwerk. Mal ehrlich, wer fühlt sich nicht überlegen, wenn man mal wieder darauf hinweisen kann, dass gerade ein Dativ des Genitivs Mörder geworden war. Warum eigentlich? Dabei wird man sich auch nicht zu schade, einfach mal auf die umgangssprachliche Kindergartenvokal „gaga“ zurückzugreifen.

Spätestens im digitalen Kontext muss man dann jedoch feststellen, dass die Wuttipper wohl ein bisschen zu gründlich vor der eigenen Haustür und dabei jegliches eigene Verständnis von Zeichensetzung weggekehrt haben. Leider ist die konservative Sprachpolizei selbst noch immer mit Sonderzeicheneinsatzkommando „Sternchenfrei“ beschäftigt, sonst könnte sie endlich auch diesen Unterschlagungen nachgehen. Kompetenz wird nur noch daran bemessen, wie etwas gesagt wird, nicht aber, was. Zugleich unterstellt, es ginge besser. Das gilt im Übrigen auch beim Erschließen neuer Sprachräume. Wer eine Fremdsprache spricht, bitte ohne Akzent. So viel Selbstbeherrschung muss schon sein. Bei den Dialekten sieht es ähnlich aus. Eine individuelle Entscheidung darf hier immerhin zwischen Annahme des Standards oder Abneigung der Gegner getroffen werden. Das ist sie also, die Wahlfreiheit in unserer offenen Gesellschaft. So bleibt es vorerst wohl beim Spott der pseudoakademischen Öffentlichkeit. Aber der Klügere wird am Ende schon nachgegeben haben.



Solidarität und Verantwortung

FABIAN HAHN

Solidarität war in der Antike ein Prinzip gemeinsamer Haftung, während der Gegenauflärung wurde sie politisiert und in der Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts war sie angelegt auf eine Leidensgemeinschaft sowie auf die Gleichheit der Menschen einer Gesellschaft. Was aber verstehen wir heute unter Solidarität?

Solidarität heute ist Solidarität, die sich um unbedingten Zusammenhalt um der Beziehungen willen bemüht. Der Kampf für Ideale und die Sache sollte sich in einen Kampf um befriedigende Beziehungen entwickeln.

Ein solcher Ansatz zielt nicht auf Harmonie auf allen Ebenen, sondern auf eine Kultur, die den Dissens würdigen, verhandeln und durchstehen kann. Dazu gehört, Argumente zu verteidigen, Kritik auszuhalten und Konflikte anzusprechen.

Denn nur so kann es gelingen, auch bei abweichenden Meinungen, einen solidarischen Zusammenschluss zu ermöglichen. Wo Solidarität auf Beziehungen zielt, wird der Druck von dem Gelingen von Projekten genommen, Scheitern gehört dazu.

An vielen Orten der Welt sind wir von solidarischen Beziehungen noch weit entfernt: Das zeigt der Krieg in der Ukraine, der momentan erneut eskalierende Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Positionen und Perspektiven sind festgefahren. Friede und damit einhergehende befriedigende Beziehungen werden zum Traum, von dem man sich immer weiter entfernt. Die Gewohnheit stellt sich ein, man lernt mit dem Interessenkonflikt zu leben. Gleichzeitig wird die Kluft zwischen den Parteien immer größer.

Weder der ideelle Zusammenschluss noch das Mittel zum Zweck sollten heute der Grund für Solidarität sein, sondern der Kampf um befriedigende Beziehungen - genau darin liegt unsere Verantwortung.





Ringens um Vertrauen

MIA MANSTEIN

Wenn du da gewesen wärst, wo ich war, dann wärst du zurück gekommen und plötzlich wäre vieles unwichtig geworden, deine Grenzen hätten sich verschoben und du würdest etwas über diese Welt wissen, was du nicht mehr vergessen würdest.

Krakow am 20. März 2022 fühlt sich seltsam an. Knapp 200 km von der ukrainischen Grenze entfernt spüre ich auf den ersten Blick nichts von einem so nahen Krieg. Auf den Straßen der zweitgrößten Stadt Polens herrscht das alltägliche Chaos einer Großstadt. Es tauchen vermehrt Flaggen der Ukraine auf, ich sehe ukrainische Kennzeichen auf überfüllten Straßen, aber keine Spur von Krieg. Was ich jedoch spüre, ist ein düsterer Schatten, der wie eine Schleierwolke über der Stadt liegt.

Die letzten drei Tage haben James und ich hauptsächlich im Auto verbracht, auf dem Weg von Köln nach Krakow. 1200 km. Zeit zum Organisieren. Zeit zum Nachdenken. Zeit ein dramatisches Szenario auf dem sonst unantastbaren, sicheren europäischen Boden wahrzunehmen. Je näher wir der ukrainischen Grenze kommen, desto leerer wird die Autobahn. James bemerkt polnische Drohnen über den Straßen und wir überholen immer mehr Lastwagen, die Panzer transportieren. Um das aufkommende Unbehagen zu unterdrücken, lenken wir uns gegenseitig mit Geschichten oder unbedeutenden Witzen über den irischen Akzent ab, bis uns nichts mehr einfällt und wir die einzige CD, die wir in dem alten Auto finden können, einlegen: Johann Strauß, an der schönen blauen Donau. Die Ironie dieser Welt komprimiert auf die letzten drei Stunden von Wroclaw nach Krakow.

Als wir den lichtdurchfluteten, makellosen Krakauer Hauptbahnhof betreten, sehe ich James an edlen Douglas- und Starbucks-Filialen vorbei laufen. James, 34, mein Verbündeter aus Irland. Wenn ihn jemand fragt, wo er wohnt, kann er es nicht beantworten. James ist Pilot.

Auf der Rolltreppe ins Untergeschoss muss ich an die über 2000 Euro Spenden denken, die wir gesammelt haben - und an die riesige Aufgabe, dieses Geld sinnvoll einzusetzen. Wir kennen eine Gastfamilie in Wolfsburg, in die wir zwei Geflüchtete bringen könnten, aber wer wird uns vertrauen?

Dem Bundeskriminalamt sind bereits Fälle von Menschenhandel und Ausbeutung in Zusammenhang mit Geflüchteten aus der Ukraine bekannt. Es sind neun Fälle sexueller Übergriffe registriert worden. Die Dunkelziffer dürfte sehr viel höher sein. Warum also sollte uns hier jemand vertrauen?

Ich laufe unsicher durch die untere Etage des Bahnhofs. An die Brust geklemmt halte ich einen Zettel, der auf Ukrainisch erklärt, wie wir Geflüchteten helfen können. James sitzt etwas abseits im Café und nippt nervös an seinem Espresso.

Ich laufe an einem Stand der Malteser vorbei, die Wasser an Geflüchtete verteilen. Auf der linken Seite sehe ich das Rote Kreuz. Ich hoffe die Menschen können Englisch. Aber um ehrlich zu sein, habe ich keine Ahnung, worauf ich mich hier einlasse. Ich sehe stumme Kinder, weinende Männer,

Ikea Taschen, Polizisten. Ich sehe Polen, Ukrainer, Deutsche. Plötzlich bekomme ich Zweifel, die ich aber sofort wieder aus meinem Kopf verbanne. Ich komme mir fehl am Platz vor.

Ich konzentriere mich darauf, die verzweifelten Gesichter wieder zu vergessen, die mir von allen Seiten entgegen blicken. Es ist schlicht und ergreifend furchtbar traurig hier und diese merkwürdig, unbegreifliche Realität kommt mir immer absurder vor.

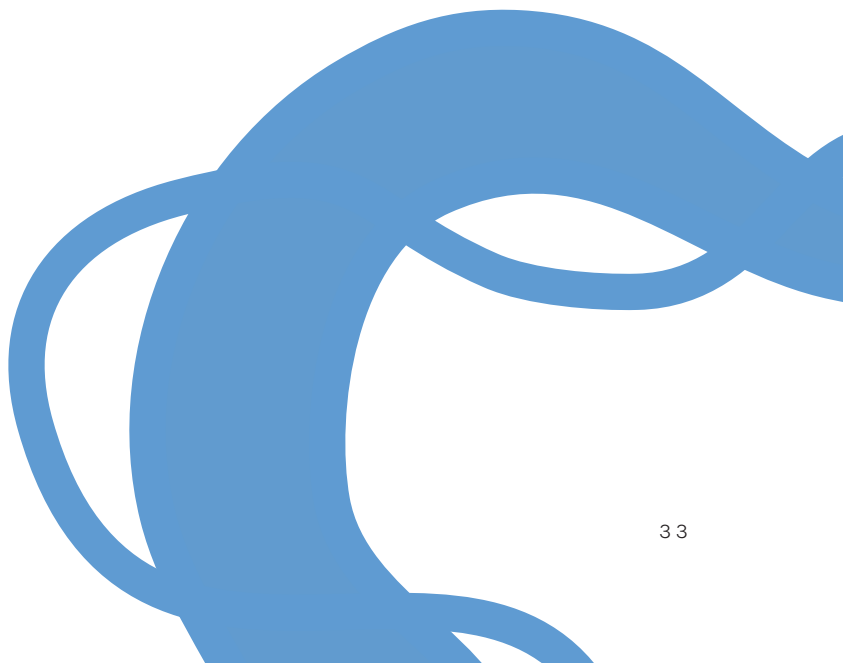
Plötzlich sehe ich eine zierliche Frau mittleren Alters an einer Informationstafel stehen und spreche sie an. Mit Händen und Füßen, Gestik und Google Übersetzer versuche ich, mit ihr in Kontakt zu kommen. Sie versteht mein Englisch nicht. Nur unsere Namen können wir austauschen; Maryia heißt sie. Ich gebe ihr den auf Ukrainisch geschriebenen Zettel. Sie liest ihn sofort. Ich merke, dass sie mit ihrem Kopf ganz woanders ist. Nun versucht sie, mir mühselig den Zettel zu übersetzen. Sie hat mich schon wieder nicht verstanden. Okay, nicht aufgeben, denke ich. Ich zeige auf den Zettel und dann auf mich. In Google Übersetzer tippe ich: „Das ist ein Hilfsangebot“. Ihr Interesse scheint geweckt zu sein und sie fragt mich, wo Wolfsburg liegt. Nach weiteren zehn Minuten nimmt sie nun doch meine Einladung an, einen Kaffee trinken zu gehen.

Ich stelle ihr James vor. Seine aufmerksamen, himmelblauen Augen streifen erst mich und konzentrieren sich dann voll auf Maryia. James zeigt ihr die Internetseite mit den Spendengeldern, die wir gesammelt haben und Fotos von unserem Auto voller Hilfsgüter, die wir der Krakauer Polizei übergeben haben. Ich sehe weiterhin Unsicherheit in ihren Augen. Sie erzählt uns von Luda, ihrer 82-jährigen Mutter, mit der sie vor drei Tagen geflohen ist. Wir bieten ihr an, sie auch finanziell zu unterstützen, falls sie nicht nach Deutschland wollen. Maryias Blick durchdringt mich einen langen Moment. Es ist einer dieser Blicke, die man einfach versteht. Flehend, verzweifelt, suchend. Suchend nach einem Zeichen, einer Bestätigung, dass sie gerade keinen Fehler macht. Ich lächle vorsichtig.

Große Erleichterung überkommt uns, als wir Maryia und Luda am nächsten Morgen tatsächlich wartend vor ihrer Flüchtlingsunterkunft in Empfang nehmen können. Ein Koffer. Das ist alles was sie haben, auf dem Weg in ein Land, von dem Luda weiß, dass dieses Land acht Millionen Ukrainer:innen umgebracht hat, als sie noch ein Kind war. Sie steigen ein. Sie vertrauen uns: einer deutschen Studentin, einem irischen Piloten, einem uralten Auto und einer fremden Gastfamilie in Wolfsburg. James kommentiert beeindruckt: „I wish I had her balls.“

Die ersten zwei Stunden sehen sie nur aus dem Fenster. Ich merke, wie sie einen stillen Kampf zwischen Anspannung und Erleichterung führen. Nachdem Maryia erste Bilder und Nachrichten der Gastfamilie über WhatsApp bekommt und sie uns ihre Orchesterauftritte auf YouTube zeigt, macht sich langsam Erleichterung breit. Luda berichtet von nun an bei jedem Tankstellen- Essen auf ukrainisch, ob es ihr schmeckt oder nicht und wünscht sich bei jeder Gelegenheit einen großen Cappuccino.

Nach zwei Tagen im Auto, einer Übernachtung im Motel und einigen kleineren und größeren Pausen kommen wir in Wolfsburg an. Als wir uns spät abends von den beiden verabschieden müssen, ist James den Tränen nah. Als Luda ihn plötzlich umarmt, stockt uns der Atem. „That was the strongest and most meaningful hug I've ever gotten!“, flüstert mir James ins Ohr als wir das Haus verlassen.





Der letzte Kampf

Über verantwortungslosen Kaffee, der so stark ist, dass selbst die Hüter der Verantwortung schwach werden.

MATILDA MÄRZ

Ganz ohne Frage ist die Generation Z die erste, die etwas von Verantwortung versteht. Wie sonst wäre es zu erklären, dass der Fortbestand dieses Planeten, den wir so liebevoll „unsere Erde“ nennen, so schwer auf unseren jungen Schultern lastet? Unermüdlich verwalten wir, was Traditionalisten, Babyboomer, die Generationen X und Y beiläufig vererbt haben: den Klimawandel. Und weil wir die Erbschaft nicht ausschlagen konnten, fanden wir unseren Weg, mit ihr umzugehen: verantwortungsvoll. Seither widmen wir unsere Jugend diesem unfreiwilligen Erbe. Wir sind sie, die Avantgardisten der Verantwortung, geschmückt mit Jutebeuteln, von Kopf bis Fuß in nachhaltige Pflanzenfasern gehüllt, alles an uns ist vollständig kompostierbar. Unsere Stärke: Unfehlbarkeit. Unser Ziel: ein Verantwortungskalifat.

Auf hohem Rosse reiten wir in die Schlacht gegen das Ungeheim der Verantwortungslosigkeit, das in den älteren Generationen sein Unwesen treibt. Wo immer es auftaucht, stellen wir es an den Pranger: Fleischkonsum, Plastikverpackung, Verbrennungsmotor, Flugverkehr. Wen wir auf Kuschelkurs mit dem Ungetüm erwischen, dem halten wir eine lange Predigt; bei wiederholter Verfehlung droht gesellschaftlicher Verruf.

Tradition kontra Moderne, Kampf der Generationen. Unser Mai '68, Verbote statt Anarchie.

Nun ist die Verantwortung eine widersprüchliche Kraft, die sich in der Inkonsequenz meist wohler fühlt als in der Konsequenz. Und so nehmen auch wir es vielleicht nicht immer ganz ernst mit der Verantwortung. Andernfalls, dass weiß niemand besser als wir, wäre nicht nur das Fleisch aus den Unimensen verbannt, sondern auch und gerade unser geliebter Kaffee. Denn es lässt sich nicht eleganter sagen: Er ist eine verantwortungslose Umweltsau.

Ganze 21.000 Liter Wasser verbraucht ein Kilogramm der Bohne, bis sie aufgebrüht und duftend in unseren plastikfreien Mehrzweckbechern landet. Der durchschnittliche Bayer bräuchte 150 Jahre, um diese Menge Wasser in Bier zu trinken. Die restlichen Deutschen, also die zweite Klasse, sogar 210 Jahre - wohlgemerkt, die Rede ist von dem Wasserverbrauch für ein einziges Kilogramm Kaffeebohne. Vor

ihr liegt, mit beachtlichen 27.000 Litern, nur noch die Kakaobohne. Erst irgendwann, in weiter Ferne, liegt auf Platz drei mit rund 15.000 Litern pro Kilo Rindfleisch. Es folgen Mandeln, Käse und - manch einer mag es noch kennen - das längst von allen verantwortungsvollen Tellern entfernte Schweinefleisch, welches verhältnismäßig unschuldige 5000 Liter beansprucht.

Es ist der Kaffeebohne zu Gute zu halten, dass ihr natürliches Habitat die regenreiche Bergregion ist, somit ein Teil des Wasserverbrauchs durch Regenwasser gedeckt wird. Nur hat die Sache den Haken, dass immer mehr Regenwald zwecks Kaffeeanbau gerodet wird. Brasilien entschloss daher, Anbaugelände in das regenarme Tiefland zu verlegen. Das hat zwar Regenwald gespart, aber den Wasserverbrauch erhöht. Wie man es auch dreht und wendet: Grün bekommen wir das braune Glück nicht.

Damit wir unseren eigenen Aktivismus nicht konterkarieren, entwickeln wir seither Täuschungsmanöver, brillant genug, um selbst die kühnsten Kämpfer unter uns abzulenken. So schmeckt Kaffee, wenn vermengt mit pflanzlichem Drink statt herkömmlicher Milch, schon ein wenig mehr nach Öko. Der Effekt verstärkt sich mit dem Einsatz recycelbarer, plastikfreier und wiederverwertbarer Trinkbehälter und unübersehbaren „Fair Trade“- und „Bio“-Hinweis, die zum mindestens das soziale Gewissen beruhigen. Natürlich werden die großen Ketten gemieden, außer es ist grad nichts anderes in unmittelbarer Fußnähe. An wem selbst dann das schlechte Gewissen noch nagt, den weisen wir freundlich auf sein Schicksal als Produkt der Gesellschaft hin: Wir trinken den Kaffee eben nicht aus Genuss, sondern aus Notwendigkeit, denn er macht müde, der Kampf gegen die Verantwortungslosigkeit.

Wollen wir jedoch die Hüter der Verantwortung sein, müssen wir uns eingestehen: Noch können wir die Sache mit dem Kaffee ganz hinten in die Liste der Unverantwortlichkeiten einreihen, die es zu bekämpfen gibt. Doch irgendwann, in näherer Zukunft, wird die braune Bohne der letzte Rest Verantwortungslosigkeit sein, der geblieben ist. Es ist nur zu erahnen, wie schwer es uns fallen wird, in diese Schlacht zu ziehen.

„Man kann die Welt nicht retten, aber für viele ein wenig schöner machen.“

Ein Interview mit Jessica Haupt

TANJA KERSCHER

Jessica hat die Hilfsorganisation „Motema Congo e. V.“ ins Leben gerufen. Motema ist das Wort auf Lingala – der Verkehrssprache im Nordwesten des Kongo – für Herz und kein Name könnte passender sein: Ihr Kindheitstraum hat die junge Frau im Februar 2020 für sieben Monate in das Herz von Afrika geführt. Ein Teil ihres eigenen Herzens ist bei den fröhlichen und zugleich bitterarmen Bewohnern von Boma geblieben.

Tanja Kerscher

Wie kam es dazu, dass es dich mit Anfang 30 in den Kongo verschlagen hat?

Jessica Haupt

Bereits als Kind nahmen meine Eltern mich und meine Geschwister mit in die Welt. Mit sechs Jahren reiste ich zum ersten Mal nach Afrika – in den Senegal, mit acht nach Marokko. Schon früh kam ich so mit der afrikanischen Mentalität in Kontakt. Daraus entwickelte sich der Wunsch, Krankenschwester zu werden, um später einmal in einem Dritte-Welt-Land den Ärmsten zu helfen. Mit Anfang 20 startete ich als examinierte Krankenschwester ins Berufsleben. Mein Kindheitstraum verblasste durch meine Lebensumstände vorübergehend – bis er etwa zehn Jahre später wieder lauter wurde und ich mich bereit fühlte, meinen Traum jetzt zu verwirklichen.

Charles Bangala, der Gemeindepfarrer am Wohnort meines Papas, organisierte für mich eine Reise in seine Heimat – die Stadt Boma im Westen der Demokratischen Republik Kongo. Dort würde ich acht Wochen lang ehrenamtlich im Krankenhaus Kiveve mitarbeiten. Am 5. Februar 2020 war es so weit, mein Abenteuer begann. Nur wenige Wochen später brach in Europa die Corona-Pandemie aus und während zu Hause das gewohnte Leben aus den Fugen geriet, saß ich auf diesem Fleck der Welt, wo ich mich absolut sicher fühlte. Mehrere Rückflüge wurden storniert, sodass am

Ende aus den geplanten zehn Wochen sieben Monate wurden.

Tanja Kerscher

Was war die prägendste Erfahrung, die du im Kongo gemacht hast?

Jessica Haupt

Es gab so viele Dinge, die mich für mein Leben geprägt haben. Da ist zum einen der ehrlich gelebte Glaube der Menschen. Die Kirchen sind immer voll, selbst die Ärmsten kommen barfuß in ihrer schönsten Kleidung zum Gottesdienst. Es wird gesungen, geklatscht, getanzt. Zum anderen fühlt man sich in Afrika nie allein, vielmehr als Teil einer großen Familie. Der Umgang miteinander ist höflich und herzlich, unter Fremden und Freunden gleichermaßen.

Außerdem hat mich der Umgang mit dem Tod fasziniert. Bei Beerdigungen tanzen die Trauernden um den Sarg herum und schreien, um so den Schmerz zu verarbeiten. Das mitzerleben war anfangs beängstigend und ergreifend zugleich.

Wenn ich an den Kongo denke, höre ich aber vor allem dieses herzhaftes Lachen der Menschen, die ganz im Hier und Jetzt leben.

Tanja Kerscher

Wie kam es dazu, dass du eine Hilfsorganisation gegründet hast?

Jessica Haupt

Nach der Pandemie-Ankündigung aus Europa sollte ich sicherheitshalber für eine Woche nicht zu meinem Dienst im Krankenhaus erscheinen. Durch eine glückliche Fügung



Jessica mit ihrem Patenkind Christopher – mit ihm fing alles an

lernte ich Pfarrer Jean Leonard kennen, der mir die Gegend zeigte. Immer wieder sahen wir Kinder, die auf den Feldern arbeiteten. Jean Leonard erklärte mir, dass sich die Familien keine Schulbildung leisten können. In mir erwuchs der Wunsch, zumindest einem Kind den Schulbesuch zu ermöglichen. Das kostet etwa 90 Euro pro Jahr. Ich wurde Schulpatin des sechsjährigen Christophers. Wir besuchten ihn, seine Eltern und die sechs Geschwister in einer Hütte, die behelfsmäßig auf dem Erdboden aus Holzbrettern errichtet war. Christopher ist ein braver, gewissenhafter Junge, den ich sofort in mein Herz schloss.

Ich erzählte Freunden und meiner Familie davon. Einige fragten nach, ob es möglich wäre, selbst eine Patenschaft zu übernehmen. Jean Leonard hat nur gelacht und gemeint: „Jessica, arme Kinder haben wir hier genug.“ So ging es los, dass wir Schulpatenkinder vermittelt haben. Ich merkte, wie leicht sich mit geringem Aufwand das Leben Einzelner ein großes Stück besser machen ließ. Wir besuchten die Waisenhäuser vor Ort, wo Kinder nur einmal am Tag eine Handvoll Reis mit Öl zu essen bekommen, weil Geld für mehr fehlt. Wir fingen an, auch Waisenhäuser zu unterstützen. Inzwischen konnten wir unter anderem einen Brunnen zur Sicherstellung der Wasserversorgung bauen und eine Schweinezucht errichten lassen sowie Strom installieren. Darüber hinaus versorgen wir Krankenhäuser mit medizinischen Geräten und vergeben Stipendien an Studierende, die dadurch Zugang zum Studium erhalten. 2020 kauften wir ein Grundstück, das als Selbstversorgerfarm genutzt wird. Familien bewirtschaften das Land und dürfen anschließend die Ernte mit nach Hause nehmen. Mehr zu unseren Projekten ist auf kongohilfe.org zu lesen.

Tanja Kerscher

Was habt ihr als Nächstes geplant?

Jessica Haupt

Wir sind überzeugt, dass der Schlüssel im Bereich der Bildung liegt. Mit einem Schulabschluss und durch das anschließende Erlernen eines Berufs eröffnet sich eine Perspektive fürs Leben. Um Möglichkeiten für Bildungsbenachteiligte zu schaffen, wollen wir die erste Ausbildungsstätte für Menschen ohne Schulbildung errichten. Aktuell sammeln wir Gelder für das Grundstück. Dort sollen Schneider:innen, Schreiner:innen, Mechaniker:innen sowie später Informatiker:innen ausgebildet werden. Den Auszubildenden werden auch Grundlagen im Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht. Um nach der zweijährigen Ausbildung direkt im Beruf Fuß zu fassen, soll beispielsweise jeder Schneider und jede Schneiderin eine Nähmaschine geschenkt bekommen.

Tanja Kerscher

Wo siehst du aktuell das größte Veränderungspotential im Kongo?

Jessica Haupt

Ich bin der Meinung, dass sich das politische und gesellschaftliche System im Kongo nicht von Grund auf verändern lässt. Mein persönliches Motto lautet: „Man kann die Welt nicht retten, aber für viele ein wenig schöner machen.“ Wenn nur ein Einziger in einer Familie eine Chance auf Bildung erhält, später einen Beruf ausübt und seine eigenen Kinder versorgen kann, so hat man doch schon sehr viel erreicht.

Tanja Kerscher

Was wünschst du dir für die Zukunft?

Jessica Haupt

Ich wünsche mir, dass wir weiter wachsen. Dass Menschen, die sich von unseren Projekten im Herzen angesprochen fühlen, zu uns finden. Vielleicht Firmen und Sponsoren auf uns aufmerksam werden und sich finanzielle Möglichkeiten ergeben, mit denen beispielsweise unser aktuelles Projekt – die Gründung der Ausbildungsstätte – beschleunigt wird. Eine enorme Erleichterung wäre es, einen Jeep für unser Team im Kongo kaufen zu können, damit noch mehr Menschen von unserem Hilfsangebot profitieren können. Derzeit ist es schwierig, zu den Waisenhäusern und den einzelnen Projekten zu gelangen, die Straßen sind schlecht befestigt, die Transportkosten hoch.

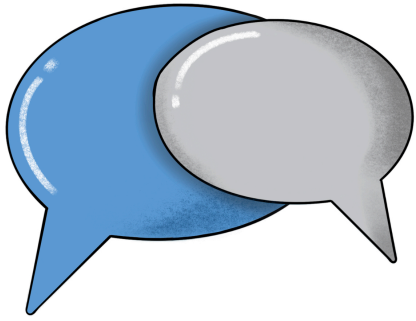
Es geht mir aber primär nicht darum, möglichst viel Geld einzusammeln, sondern möglichst viele Herzen zu erreichen und viel bewirken zu können.

Tanja Kerscher

Möchtest du den Leser:innen des freiraum zum Schluss noch etwas sagen?

Jessica Haupt

Dass das Leben eine Reise ist. Aus meiner persönlichen Erfahrung weiß ich, dass es Mut und Überwindung kostet, den ersten Schritt zu wagen, es sich aber immer lohnt, auf die Stimme des Herzens zu hören.



Besuch auf der Selbstversorgerfarm

Verantwortung des Staates





Wir haben die Erde nicht von unseren Kindern geborgt

Der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts feiert seinen ersten Geburtstag - Ein Kommentar

JENNY JOY SCHUMANN

Klimawandel - ein Wort, das die meisten von uns nicht erst seit Greta Thunbergs mahndem "How dare you?" in Davos an brennende Wälder in Australien, dramatische Eisschmelzen in der Antarktis, oder furchtbare Flutkatastrophen in Deutschland denken lässt. Schon seit Jahrzehnten verschlingen sengende Geröllwüsten und das Ansteigen des Meeresspiegels Jahr um Jahr fruchtbares Land und kostbare Lebensräume für Mensch und Tier. Einmal emittiert ist menschengemachtes CO₂ in der Erdatmosphäre für Jahrhunderte gebunden und verschärft dabei die Dynamik des erderwärmenden Treibhauseffekts.

Eine verheerende Katastrophe, welche durch andere Wege als jene des radikalen Verzichts weder zu stoppen noch zu beheben sei. So jedenfalls klingt es auf den Demonstrationen der zahllosen Klimabewegungen von Extinction Rebellion, Ende Gelände bis Fridays for Future. Echte Freiheitsrechte gegenwärtiger Bürger müssten hinter den vagen Bedürfnissen künftiger Generationen noch ungeborener Menschen anstehen, so die Aktivisten.

Eine Richtung, in die auch der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz vom April 2021 strebt. Der Tenor: Grundrechtsabwägungen müssten in Ansehung des Artikel 20a Grundgesetz "intertemporal", also über die Gegenwart hinweg in die Zukunft hinein getroffen werden. Konkret kritisierte das Gericht in seinem Beschluss

das Fehlen verbindlicher sektoraler CO₂-Einsparungsziele nach 2030 durch den Staat. Dies sei unvereinbar mit den grundgesetzlichen Freiheitsrechten möglicher Generationen von morgen. Eingriffe in die allgemeine Handlungsfreiheit, das Eigentum und den Markt seien dabei nicht nur erlaubt, sondern sogar geboten, wenn damit künftigen Generationen unerträgliche Freiheitsbeschränkungen erspart werden können. Ihnen soll erspart bleiben sich beispielsweise aufgrund glühender Sommerhitzewellen nicht mehr frei in der Natur bewegen zu können.

In bemerkenswerter Kühnheit vergibt der Beschluss aus Karlsruhe jedoch nicht nur klare Aufgaben an den Gesetzgeber, sondern wirft auch einige fundamentale Fragen grundsätzlicher Rechtspraxis auf: Wie tief darf der Eingriff in die realen Freiheiten gegenwärtiger Grundrechtsträger gegenüber den hypothetischen Lebensumständen nur wahrscheinlicher, nicht aber gewisser Menschen sein? Bis zu welchem Zeitraum ist die gegenwärtige Zukunftsverantwortung zwingend, ab wann überbordend spekulative Last für die Gegenwart? Und speziell: Worauf begründet sich rechtlich das gegenwärtige Freiheitsrecht eines Wesens, dessen zukünftige Freiheitsfähigkeit mangels sicherer Existenz nur eine anonyme Fiktion ist?

Fragen, denen sich auch der deutsch-amerikanische Philosoph Hans Jonas in seinem 1973 erschienenen, einflussreichen Werk "Das Prinzip Verantwortung" widmete. Seine

Theorie: Aufgrund seines immensen technologischen Fortschritts müsse der Mensch den Nahbereich seiner tradierten Verantwortungsebene von einer Nächstenliebe für Familie und Nachbarn zu einer Fernstenliebe regional und zeitlich distanzierter Menschen ausdehnen. Konkret kondensiert er seine Gedanken in einem Satz, den er in Anlehnung an Immanuel Kant den "ökologischen Imperativ" nennt: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“.

Dieser Permanenz sei um jeden Preis Vorzug vor gegenwärtigen Lebensfreiheiten zu gewähren, sollte diese auch nur hypothetisch einem vermuteten Bedürfnis möglicher Zukunftspfade schaden. Die Idee: Lieber einmal eine Worst-Case-Panikattacke, die sich im Nachhinein als unnötig herausstellt, als eine lebenswerte Zukunft zu wenig.

Der Geist dieses rechtsphilosophischen "Better safe than sorry"-Ansatzes dürfte mit Sicherheit auch Einfluss auf die letztjährigen Entscheidungen in Karlsruhe gehabt haben.

Doch ist der Fokus auf das gefährlichste Szenario unabhängig seiner Wahrscheinlichkeit und die Annahme des größtmöglichen Risikos für die größtmögliche Anzahl von Menschen wirklich das adäquate Zielmaß einer intertemporalen Richtungsentscheidung im Heute?

Das Konzept der Freiheit zeichnet sich durch seine Offenheit zum Möglichen und seine Grenze im Unsagbaren gegenüber anderen Freiheitsträgern aus. Nur durch die Möglichkeit individueller Entscheidungen unter Unsicherheit kann die Verwirklichung von Ungeahntem möglich und echte Handlungsfreiheit real sein. Im Gegensatz zu Jonas' Befürchtung ist die Offenheit der Zukunft durch das Fehlen eines zentralen Einheitsplans, den er in den sozialistischen Staaten übrigens ausdrücklich lobt, keine ökologische Schwäche, sondern eine ökonomische Stärke. Real schon heute existierende Erfinder und Unternehmer, Intellektuelle und Kreative, Handwerker und Gewerbetreibende finden auf ihrer persönlichen Suche nach ihrem individuellen Gewinn nahezu jede Woche Problemlösungen für Milliarden Menschen. Der notwendige Wandel, den das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss beschwört, darf im Gegensatz zu dessen Forderung keiner der reinen Politik, sondern zuvörderst der gesellschaftlichen Verantwortung des Individuums sein.

Jeder Einzelne von uns lebt schlechter, wenn der Raum seiner Freiheitsentfaltung durch eine kränkelnde Umwelt schrumpft. Die immer höhere Frequenz von vernichtenden Flut-, Dürre- und Brandkatastrophen zeigt schon heute eindrücklich: Der Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel braucht keine kollektive Zukunftsangst oder Verrechtlichung nicht existenter Worst-Case-Szenarien von oben. Er braucht stattdessen die robuste Erkenntnis der gegenwärtigen Problemlage in der Gesamtgesellschaft und die Verankerung eines nachhaltigen Verantwortungsbewusstseins im Denken und Handeln eines jeden Einzelnen.

Die Bundesregierung und das Bundesverfassungsgericht beschwören in ihrem Beschluss im Kontrast dazu einen Geist des Kollektivismus: Dem Einzelnen soll durch immer kleinteiligeres staatliches Micromanagement und zentralistische Klimavorgaben sein privates Leben in grün vorgegeben werden.

Das nährt ein Gottvertrauen in die Zuständigkeit des immer anderen und damit ein Problem, welches die ökonomische Forschung bereits seit Jahrzehnten als "Tragik der Allmende" kennt und fürchtet.

In dieser braucht niemand mehr an sein eigenes Handeln zu denken, wenn doch Andere auch daran denken könnten. Der Geist der individuellen Nutzenmaximierung tritt in die Falle der öffentlichen Güterlogik: Alle schieben die Verantwortung auf einander ab, aber niemand hat sie inne.

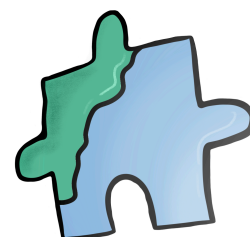
Konsumenten kaufen nicht bewusst, weil die Regierung ja schon dafür sorgen wird, dass die Produkte nachhaltig im System eingepreist werden. Eigene klimatische Verantwortung? Darum kümmert sich schon die Regierung. Verbraucherseitiger Anreiz zur CO₂-Einsparung bei Unternehmen? Fehlanzeige!

Ein gutes Pferd springt eben nur so hoch, wie es muss – und ein Unternehmen ist nur so kostenträchtig, wie es sich legal nicht anders umgehen lässt.

Der politische Anreiz zur größtmöglichen Sicherung klimatischer Nachhaltigkeit wird zum minimalstmöglichen Compliance-Problem in der Industrie reduziert.

Spannender als planwirtschaftliche Delegation nach oben und oktroyierter Verzicht im Heute scheint da doch die Aktivierung von ökologischer Nachfrage und zukunftsträgiger Innovationen durch gegenwärtige Freiheit in Verantwortung für sich selbst und seine Mitmenschen zu sein.

Statt verstaatlichtem Vorgaben-Stückwerk, sollte die Rückkehr der privaten Selbstorganisation an erster Stelle stehen: Warum machen wir nicht CO₂-Emissionsrechte in allen Bereichen zum privatwirtschaftlich handelbaren Kostenpunkt und die Marktwirtschaft frei von ablenkenden Verboten? Lasst uns gemeinsam die Zukunft privatisieren, statt unsere Gegenwart zu verstaatlichen. Die Zukunft ist schließlich nicht von unseren Kindern geborgt.



Das Humboldt-Forum oder: Wie Deutschland versucht, seiner Verantwortung zu entkommen

JONAS DETERING

Wenn man die barocke Fassade des wieder erbauten Berliner Schlosses auf der Spreeinsel betrachtet, scheint die inzwischen zur Gänze verblasste Pracht der Hohenzollern und des preußischen Staates noch zum Greifen nah. Aber schon beim genaueren Hinschauen entdeckt das geübte Auge die Skandale und Debatten, die seit Jahrzehnten die Rekonstruktion überschatten. Da ist die imposante Kuppel, auf der das goldene Kreuz thront. Auf der das Schriftband verspricht, dass in keinem anderen als in Jesus Heil zu finden sei. Begibt man sich durch die Portale ins Innere, so erblickt man die Ehrungen der Großspender*innen, welche den Wiederaufbau der 105 Millionen Euro teuren Fassade finanzierten. Ab einer halben Million gab es sogar Plaketten, welche das Kopfprofil zeigen – so weiß, wie die Menschen, die auf ihnen abgebildet sind. Unter ihnen findet sich auch Rudolf August Oetker, Erbe des Lebensmittel-Unternehmens und seines Zeichens Mitglied der Waffen-SS. Die nach ihm benannte Stiftung spendete das Geld. Bis 2021 hing hier auch Ehrhardt Bödecker, inklusive falsch geschriebenem Vornamen. Seine Plakette wurde abgenommen, nachdem aufgedeckt wurde, dass er nicht nur exzellente Kontakte in die rechtsradikale Szene unterhielt, sondern auch Antisemit war.

Nach dem Fall des SED-Regimes warben Interessensgruppen für den Abriss des hier stehenden „Palasts der Republik“ und die Rekonstruktion des preußischen Schlosses, welches die DDR sprengen ließ. Auf Beschluss des Bundestages wurde der Palast schließlich zurückgebaut und die Rekonstruktion des Schlosses bewilligt. Kostenpunkt: Allein 580 Millionen Euro aus staatlicher Hand.

Hinter der so entstandenen Fassaden-Kopie, welche an den ehemaligen Glanz der Monarchie erinnern soll, stecken aber nur graue Betonwände. In diesen Wänden findet sich das Humboldt-Forum, in welchem Artefakte verschiedener Museen ausgestellt sind. Es geht hier aber nicht um Preußen. In diesem Haus wird koloniale Raubkunst ausgestellt. Das war eine bewusste Entscheidung und ein Versuch der Versöhnung unterschiedlicher Interessensgruppen. Der wohl situierten Rechtskonservativen, die aus einer nostalgischen Preußenliebe die Rekonstruktion forderte, im besten Falle gleich mit Erbprinz Georg Friedrich. Und derer, welche den Wiederaufbau pauschal ablehnten: Aus Nähe zur DDR oder weil der Abriss eines Denkmals für den Aufbau einer kitschigen Kopie für sie keinen Sinn ergab. Sowie schließlich derer, welche gerne das barocke Schloss, aber weniger die unangenehmen Erinnerungen an Monarchie

und Krieg hätten. Eine fixe Idee der Expert*innen-Kommission „Historische Mitte Berlin“ sollte sie zusammenführen: Rekonstruktion der Fassade und im Inneren ein Ort der angeblich unbefleckten deutschen Ideale. Ein Ort für Wissenschaft und Aufklärung, benannt nach den Brüdern Humboldt. Man beglückwünschte sich, es geschafft zu haben: Nostalgische Preußenästhetik aber ohne den ganzen Preußen-Schlamassel. Stattdessen ein Haus, das zeigen soll, wie kosmopolitisch und weltoffen das vereinte Deutschland sei. Der „Vergangenheitsbewältigungs-Weltmeister“.

Die fatale Ironie des Ganzen erschloss sich damals weder der hochkarätig besetzten Expert*innen-Kommission, noch dem Bundestag: Man rekonstruiert ein Schloss eines autoritären Regimes, weil man sich seiner eigenen Geschichte beraubt fühlt. Dann steckt man in jenes Schloss Artefakte von Gemeinschaften, die eben dieses autoritäre Regime unterdrückt, verschleppt und ausgebeutet und deren Geschichte gestohlen hatte. Denn viele Artefakte, wie die des Kamerun-Raums, wurden nicht einfach „gesammelt“, wie auf ihren Plaketten im Humboldt-Forum steht. Sie wurden oftmals in mörderischen Unterwerfungskriegen geraubt. Inzwischen wird dies zwar auch im Museum behandelt. Die Mühe, das Wort auf den Beschriftungen auszutauschen, machte sich aber dann doch niemand. Also bleiben die Artefakte, die eigentlich geraubt und gestohlen wurden, „gesammelt“. Als wären sie Muscheln an der Nordsee oder Pfifferlinge im Wald. Vielleicht ist das Wortklauberei. Aber vielleicht ist es auch wichtig, die brutale Geschichte des deutschen Imperialismus und der Ethnologie offenzulegen. Wenigstens das schuldet man den Menschen, wenn man ihnen ihr Erbe schon nicht zurückgeben will.

Der Kolonialismus, den die europäischen Staaten aus einem Glauben an die eigene Überlegenheit über die Welt brachten, hat sein Ende nicht mit den Unabhängigkeitserklärungen der 1960er gefunden. Er wirkt bis heute nach, in jeder

Faser unseres Systems. Er entfesselte die Walze des Kapitals, die bis heute Europas Machtstellung garantiert. Und bis heute findet man im globalen Süden traumatisierte Gesellschaften, die sowohl ihrer Menschen, ihrer Ressourcen und eben auch ihrer Geschichte beraubt wurden. Eine Instrumentalisierung ihres Erbes, um einem imperialen Prachtbau eine weltoffene Note zu verleihen, verbietet sich daher nicht nur doppelt, sondern ist auch Zeichen der europäischen Arroganz.

Das Berliner Schloss und sein Humboldt-Forum sind das Symptom einer verquerten deutschen Erinnerungskultur, die nirgendwo das Ziel hat, Verantwortung zu übernehmen. Ebenso wie der Barock-Kitsch den grauen Beton verbirgt, ist das ritualisierte Gedenken an die Opfer der deutschen Staaten nichts als Fassade. Dahinter verbirgt sich ein Gesicht, das man nicht wahrhaben will. Das Deutschland, welches seinen Wohlstand nicht allein auf Ingenieurskunst, sondern auf Ausbeutung ganzer Nationen aufgebaut hat. Das Deutschland, welches Oury Jalloh halb totgeprügelt und verbrannt hat und indem nie jemand dafür zur Rechenschaft gezogen wurde. Das Deutschland, welches Menschen an der EU-Außengrenze erfrieren, ertrinken und erschießen lässt. Das Deutschland, welches sich weigert, die brutale Realität seiner Geschichte und Gegenwart anzuerkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Stattdessen versucht man immer noch die Geschichte so einzuhegen, damit sie als nostalgischer Identifikationsgrund für die Gegenwart dienen kann. Preußen nicht als militaristische Autokratie, sondern als disneyfizierte Wiege der Nation. Man hofft, dass diese Geschichtsklitterung offensichtlich ist. Doch ein Blick in die Online-Bewertungen des Schlosses ernüchert: „Fünf von fünf Sternen, schöne Dachterrasse“.

Im Falle eines Falls

Die Geschehnisse in der Ukraine haben die Debatte über eine staatliche Notfallvorsorge von Grundnahrungsmitteln in Deutschland wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Hat die Bundesrepublik für den Fall eines Versorgungsengpasses vorgesorgt?

ISABEL BRAUN

Bei dem Gedanken an die Ukraine schießen zunächst Bilder von Müttern und ihren Kindern durch den Kopf, die mit wenigen Habseligkeiten das Land verlassen; oder von Soldaten und Soldatinnen, die ihr Leben für ihr Land riskieren. Was die Ukraine jedoch auch auszeichnet, ist die Menge an Getreide, die dort angebaut und in die ganze Welt exportiert wird. Insoweit wird die Ukraine als die „Kornkammer Europas“ bezeichnet. Durch den russischen Angriffskrieg ist nicht nur unklar, was mit der diesjährigen Ernte geschieht. Ob sie regulär eingebracht und auch exportiert werden kann. Vor allem ist unklar, wie sich der Krieg auf den Ertrag zukünftiger Getreideernten aus der Ukraine auswirken wird.

Für die Bundesrepublik besteht zunächst kein Versorgungsengpass, wie die Pressestelle der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) betont. Deutschland ist also nicht unmittelbar von einem Ernteausfall in der Ukraine betroffen.

Darüber hinaus scheint Deutschland gewappnet für den Fall einer Nahrungsmittelknappheit – zumindest für eine Zeit von mehreren Wochen. Denn die BLE lagert im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Lebensmittel an geheimen Standorten im ganzen Land verteilt ein. „Zivile Notfallreserve“ (ZNR) nennt sich der Vorrat von rund 126.000 Tonnen Reis und Hülsenfrüchten. Darüber hinaus werden circa 5.000 Tonnen Kondensmilch in Werkslagern der entsprechenden Hersteller eingelagert. Zusätzlich gibt es die „Bundesreserve Getreide“, die insgesamt rund 705.000 Tonnen Getreide erfasst. Dazu zählen Weizen, Roggen und Hafer. Die Lagerbedingungen sowie die Qualität des eingelagerten Getreides werden in regelmäßigen Abständen durch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der BLE kontrolliert. Alle zehn Jahre wird der Vorrat ausgetauscht und das Getreide wieder dem Markt zugeführt. Eingeführt wurde die Bevorratung zu Zeiten des Kalten Krieges.

Die BLE versichert, dass die Reserven nur bei einer „Versorgungskrise“ herangezogen werden, um Versorgungsengpäs-

se mit Grundnahrungsmitteln in Deutschland zu überbrücken. Eine Versorgungskrise liegt vor, wenn die Bundesregierung festgestellt hat, dass die Deckung des lebensnotwendigen Bedarfs an Lebensmitteln in wesentlichen Teilen des Bundesgebiets ernsthaft gefährdet ist und diese Gefährdung ohne hoheitliche Eingriffe in den Markt nicht, nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigen Mitteln zu beheben ist (vgl. § 1 Ernährungssicherstellungs- und -vorsorgegesetz). Keinesfalls soll in reguläre marktwirtschaftliche Vorgänge eingegriffen werden. Neben dem Kriegsszenario gibt es auch zahlreiche friedenszeitliche Krisensituationen, die zu einer Verknappung von Lebensmitteln und damit zu Versorgungsengpässen führen können. Hierzu gehören zum Beispiel Naturkatastrophen, die eine Ernte unmöglich machen, Tierseuchen oder schwere Unglücksfälle in großtechnischen Anlagen (wie etwa Kernreaktorunfälle).

In Deutschland gab es bislang keine Situation, die ein Antasten der Reserve gerechtfertigt hätte. Auch die Corona Pandemie, in der zeitweise die Mehl-Regale lediglich Preisschilder aufwiesen, war keine solche Krisensituation. Trotz des derzeitigen Kriegszustandes in der Ukraine wird der Vorrat wohl ebenfalls nicht in Anspruch genommen werden.

Aufgrund der teilweise als zu hoch angesehenen Kosten von 16 Millionen Euro jährlich (entspricht circa 20 ct. pro Bürger pro Jahr) – für Vorräte, die bislang noch nie zum Einsatz gekommen sind – gab es in der Vergangenheit bereits Vorstöße, die Reserve abzuschaffen.

Mittlerweile sollte sich die Frage, „ob“ eine Notfallreserve notwendig ist, gewandelt haben und vielmehr geklärt werden, „wie“ sie rechtlich organisiert sein sollte.

Deutschland ist neben Finnland, Slowenien und Südkorea das einzige Land, das den staatlichen Weg des Ankaufs und der Bevorratung gewählt hat. Ein anderer Weg ist jener, die Wirtschaft zu verpflichten, gewisse Vorräte bereit zu halten. Doch weshalb wählt Deutschland den staatlichen Weg?

Ein Vorteil ist sicherlich, dass die Lagerung von Getreide und anderen Gütern zentral gesteuert und überwacht werden kann. Doch mit einer entsprechenden Rückmeldepflicht der Wirtschaft wäre dies auch bei dem wirtschaftlichen Weg zu erreichen. Insoweit dient die Schweiz als Vorbild, da dort die Wirtschaft gesetzlich verpflichtet ist, permanent Vorräte im Bereich der Ernährungsgüter, Düngemittel und Energie auf Lager zu halten. Auch das Konzept der nationalen Gasreserve könnte als Vorbild für die Lebensmittelreserven dienen. Es sieht vor, die Gasversorger gesetzlich zu verpflichten, die Gasvorräte auf einem bestimmten, festgelegten Niveau zu halten. Dies würde für die Nahrungsreserve bedeuten, dass nicht der Staat Einkauf und Lagerung betreibt. Vielmehr würden die Landhändler oder Produzenten über ein rollierendes System kontinuierlich eine gewisse Menge an Nahrungsgütern aus ihrer Produktion bevorraten. Für eventuell anfallende Lagerkosten müsste der Staat dennoch aufkommen. Der Vorteil des rollierenden Systems wäre eine stets abrufbare Reserve. Gleichzeitig wäre es nicht erforderlich, Lebensmittel aufgrund von Haltbarkeitsproblemen zu entsorgen. Eine solche wirtschaftliche Vorratshaltung würde im Gegensatz zum derzeitigen Modell Flexibilität mit sich bringen. Nachteilig könnte jedoch sein, dass die Produzenten über ganz Deutschland verteilt sind und die logistische Verteilung der Güter im Falle einer Krise aufwändiger wäre. Möglicherweise ist der Staat im Krisenfall handlungsfähiger und kann die Verteilung besser koordinieren. Ein klarer Nachteil des derzeitigen Systems hingegen ist die Beschränkung auf be-

stimmte Lebensmittel aufgrund ihrer langen Haltbarkeit. Getreide wird angesichts der besseren Haltbarkeit in seiner Ursprungsform eingelagert und müsste im Notfall zunächst zu Mehl und dann zu Brot verarbeitet werden. Dies nimmt Zeit in Anspruch und erfordert zusätzliche logistische Anstrengungen. Bei einem rollierenden System wäre es auch möglich, Güter wie Mehl oder Konserven, also Güter mit einer geringeren Haltbarkeit, in die Lebensmittelreserve aufzunehmen. Es müsste nicht mehr „die eine“ Packung Mehl für zehn Jahre bevorratet werden, sondern nur stets eine Packung Mehl „theoretisch“ bereit stehen. Auch könnte darüber nachgedacht werden, weitere Nahrungsmittel zu bevorraten, die im Notfall schnell verfügbar und einfach zu handhaben wären.

Wie genau die Reserve letztlich ausgestaltet wird, ob es überhaupt eine Veränderung geben wird, bleibt abzuwarten. Wünschenswert wäre, dass sie niemals angetastet werden muss.



Verantwortung der Weltgemeinschaft



Ein Friedenspreis um jeden Preis?

HELENE WIRTH GEB. ÜBELHACK

Höher, schneller, weiter – Selbstoptimierung ist längst angekommen in unserem Alltag. Wir messen uns mit anderen und wollen jeden Tag besser werden.

Das Motto »Citius, altius, fortius« - »Schneller, höher, stärker« der Olympischen Spiele hat sich längst in abgewandelter Form im deutschen Sprachgebrauch etabliert. Dass dies im Gegensatz zu „dabei sein ist alles“ steht, soll hier nur eine Randnotiz bleiben.

Schon in der Schule geht es im Sportunterricht darum, höher zu springen, schneller zu laufen und weiter zu werfen. Besonders die Bundesjugendspiele befeuern den Wettkampf zwischen den Schülern. Aber auch Lesewettbewerbe oder Mathematikturniere treiben junge Menschen an, sich mit anderen zu messen und besser sein zu wollen. Ob Sport, Lesekompetenz oder Mathematik – all dies kann man lernen und für all diese Disziplinen kann man trainieren. Wer besonders diszipliniert und zudem noch mit Talent gesegnet ist, hat im Erwachsenenleben die Chance auf eine Olympische Goldmedaille oder einen Nobelpreis. Aber was ist eigentlich mit dem Friedensnobelpreis? Kann man für Frieden trainieren?

Der Friedensnobelpreis passt nicht ganz ins Bild. Statt für herausragende Forschung, weltverbessernde Innovation oder vorzügliche Literatur, soll nach Alfred Nobel derjenige ausgezeichnet werden, der „am meisten oder am besten auf die Verbrüderung der Völker und die Abschaffung oder Verminderung stehender Heere sowie das Abhalten oder die Förderung von Friedenskongressen hingewirkt“ hat. Ein Blick auf die lange Liste der Preisträger legt jedoch die Vermutung nahe, dass beim bedeutendsten Friedenspreis immer wieder Politik statt Frieden im Fokus der Vergabe steht.

Friedensnobelpreisträger sind Staatsoberhäupter, Päpste oder auch Organisationen. Gewinner anderer Preise und

Medaillen haben jahrelang genau auf diese eine Auszeichnung hingearbeitet, sich angestrengt und trainiert. Friedenspreise hingegen werden oft an wichtige Menschen verliehen und wirken manchmal wie eine ganz besonders saftige Kirsche auf der Torte eines politischen Lebens. 1994 erhielten Schimon Peres und Jassir Arafat den Friedensnobelpreis. Der eine gilt als einer der Väter des israelischen Atomwaffenprogramms, der andere war Mitbegründer der Fatah, die zahlreiche terroristische Anschläge und Bombenattentate verübte. 2009 wurde Barack Obama zum Friedensnobelpreisträger gekürt - noch kein Jahr im Amt, ohne außergewöhnliche außenpolitische Erfolge, dafür aber stets den Wunsch nach Frieden auf den Lippen. Reichen bloße Lippenbekenntnisse aus, um den wichtigsten aller Friedenspreise zu bekommen? Oder waren hier öffentliche Meinung und Wunschenken Vater der Vergabe? Zeichnen Friedenspreise am Ende nicht Menschen aus, sondern sich selbst mit besonders attraktiven Preisträgern?

Vor allem tagesaktuelle politische Ereignisse beeinflussen die Wahrnehmung von Friedenspreisen. Schon die Diskussion über den (un-)möglichen Vorschlag Donald Trumps als Friedensnobelpreisträger sorgte weltweit für Entrüstung. Aber auch auf europäischer Ebene gibt es Friedenspreise, deren Vergabe immer wieder Aufsehen erregen. Der Aachener Karlspreis wird jährlich an Persönlichkeiten verliehen, die sich um Europa und die europäische Einigung verdient gemacht haben. Auch hier handelt es sich bei den Preisträgern um eine illustre Ansammlung von bedeutenden Persönlichkeiten: Winston Churchill, Walter Scheel, Papst Johannes Paul II., Angela Merkel, Emmanuel Macron... In diesem Jahr wurden die belarussischen Bürgerrechtlerinnen Swjatlana Zichanouskaja, Maryja Kalesnikawa und Wera nika Zepkala als Preisträgerinnen auserkoren. Eine Wahl, die sowohl in den Medien als auch von der Bevölkerung positiv aufgefasst wurde.

Wenige Tage nach dem Einmarsch Putins in die Ukraine wurden plötzlich Stimmen laut, die Wolodymyr Selenskyj

zum Preisträger machen wollten. Über 140 EU-Abgeordnete forderten das Karlspreis-Direktorium auf, Selenskyi einen Sonderkarlspreis zu verleihen. Aber kann man das Direktorium eines Friedens-, Europa- oder Karlspreises einfach so auffordern, einer bestimmten Person die saftige Kirsche zu verleihen? Leben nicht Preise und Auszeichnungen davon, dass sie bestimmten Kriterien unterliegen, deren Einhaltung ein Direktorium oder der Videoschiedsrichter überprüft?

Friedenspreisen kommt hier eine andere Bedeutung zu als Auszeichnungen für sportliche oder wissenschaftliche Leistungen. Wie schnell jemand läuft, ist in erster Linie für den Sportler von Bedeutung und je nach Wettkampf noch für die Nation im Medaillenspiegel relevant. Die Entwicklung eines wichtigen Impfstoffs kann das Leben von Millionen von Menschen retten. Aber wie viel Wert hat das Leben ohne Frieden?

Frieden als höchstes Gut der Menschen, als Basis unserer Freiheit, geht uns alle an! Wer sich Gedanken darum macht, wer einen Friedenspreis verdient hat, beschäftigt sich mit Frieden. Viel zu oft ist die Bedeutung unseres friedlichen Zusammenlebens in den Hintergrund gerückt oder höchstens als selbstverständlich angenommen worden. Wem nutzen da Friedenspreise? Dem Preisträger? Dem Preis selbst? Oder vielleicht am Ende uns allen? Weil sie nicht nur Auszeichnung sind, sondern auch Mahnung, für eine friedlichere Welt einzustehen. Menschen wetteifern um schnellere Zeiten und neue wissenschaftliche Erkenntnisse. Wetteifern wir doch auch um Frieden!



Realitäten muss Genüge getan werden oder: Über Vogelsträuße und Opossums

JANNIK KÜCHEN

Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen“ – Auszug aus der Präambel zur Charta der Vereinten Nationen

Seit dem Bestehen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen haben China und Frankreich jeweils 16, das Vereinigte Königreich 29, die USA 82 und Russland 120 Mal von ihrem exklusiven Veto-Recht Gebrauch gemacht – und damit Resolutionen eigenmächtig verhindert. Kann diese autokratische Machtfülle von fünf einzelnen Nationen überhaupt noch einen Platz in einer modernen Weltgemeinschaft haben, die einen Anspruch auf Gleichberechtigung aller erhebt? Darf sie es?

„Realitäten muss Genüge getan werden.“ Wenn es etwas aus dem staubtrockenen Gemeinschaftskundeunterricht meiner Gymnasialzeit nachhaltig in mein Gedächtnis geschafft hat – und das ist weit weniger, als ich zuzugeben stolz bin – dann ist es dieser Satz. Wie eine nimmermüde Gebetsmühle hat ihn die Lehrerin Frau K. Stunde um Stunde wiederholt; so oft, dass er am Ende neben ihrer solariumgegerbten Haut und dem rasselnden Raucherlachen zu ihrem Markenzeichen wurde. „Realitäten muss Genüge getan werden.“ Ein Satz, kryptisch und knapp; halb Aphorismus, halb Binse. Ein Satz, der wie ein Sprungteufel hochschnellt, sobald Entscheidungen anstehen oder – Gott bewahre! – Veränderung droht. Ein Satz, der mich zu verfolgen scheint.

So auch jetzt. Ich sitze im Boulanger, meiner lieb gewonnenen Stammkneipe in Tübingen; das schummrige Lokal ist immer überheizt, die Tische klebrig, doch das Bier günstig – ich bin beim dritten und tue so der Doktoranden-Realität Genüge. Im 12 Zoll kleinen, alten Röhrenfernseher in der Ecke flimmert das Gesicht eines missgelaunten Herren: Seine graue Haut hängt schlaff, aber die Schweinsaugen blitzen hellwach. Es ist Vasily Nebenzya, der Vertreter Russlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. In Nahaufnahme verkündet er mit verhärmtten Gesichtszügen das Veto der Russische Föderation: Ein von den USA und Alba-

nien eingebrachter Resolutionsentwurf, der gegen den russischen Überfall auf die Ukraine gerichtet war, wird durch eine Stimme im Keim erstickt.

An meinem Nachbartisch ertönt ein verächtliches Schnauben. Dort sitzen, wie fast immer, Rudi und Birgitt, genannt Biggi; beide Mitte Fünfzig, er frühpensionierter Kraftwagenfahrer, sie Anwaltsgehilfin. „N schlechter Witz ist das. Elf sagen ja und einer nein – und das war’s. Baschda. Echt ‘ne Tafelrunde für Arme. Wo ist da bitte die Gerechtigkeit?“ „Du weißt doch, was man sagt: Alle Schweine sind gleich, nur ein paar sind eben gleicher.“ Rudi lacht freudlos auf, den versonnenen Blick müde nickend auf sein halb leerge-trunkenes Bier gerichtet. Irgendetwas in mir bringt mich zu dem Entschluss, mich einzumischen. „Vielleicht könnte man in der UN ja jetzt endlich Reformen anstoßen. Ich meine: Zeitenwende, Paradigmenwechsel – wenn nicht jetzt, wann dann?“ Rudi stöhnt, verdreht die Augen: „Na toll. Du schon wieder. Jungelchen, wach endlich mal auf. Das ist Russland und nicht irgendein Drittweltland oder der Kosovo. Die haben Atomwaffen und Rohstoffe, die wir brauchen, koste es, was es wolle.“ Rudi zieht mit einer Hand die schwarze Lederweste enger um sich, zeigt mit der anderen zur Decke und beugt sich leicht vor: „Die da oben werden niemals zulassen, dass sich was ändert. Nie. Der Stärkere gewinnt immer, so ist das nun mal. Je schneller du das kapiert, desto besser. Und glaub ja nicht, dass die Amis oder die Franzosen auch nur einen Deut besser wären. Die marschieren ein, wo es ihnen gerade passt und dann gibt’s ‘n Veto und Ende. Da kann die noch so feine Weltgemeinschaft gar nichts tun.“ Wieder schnaubt er, diesmal noch eine Spur verächtlicher. „Weißt du“, sagt Biggi mild, während sie einen Zigarettenstummel im Aschenbecher zerdrückt, „manchmal muss man es nehmen, wie es kommt. Die Dinge akzeptieren. Fakten berücksichtigen, manchmal eben auch ertragen. Die Wirklichkeit ändert sich nicht einfach, nur weil wir es wollen. Das wirst du schon noch lernen.“

Als ich bemerke, wie der Schankwirt beim Abtrocknen der Gläser grinst – vielleicht hämisch, vielleicht mitleidig –, spüre ich, wie mir heiße Röte in den Kopf steigt. Und mit ihr ein Satz: Realitäten muss Genüge getan werden.



Im Fernseher zoomt die Kamera weg, gibt den Blick auf den Sitzungssaal des Sicherheitsrates frei: Ein prunkvoller Raum. Die helle Marmorverkleidung der Wände, das polierte Holz des kreisrunden Tisches, die Glatze von Vasily Nebenzya – alles glänzt, strahlt Macht aus, kündigt vom hehren Ziel des Rates: Den Weltfrieden zu bewahren. Dazu passend prangt über die gesamte rückwärtige Wand hinweg ein opulentes Gemälde des norwegischen Künstlers Per Krohg; der pathetische Kitsch enthält eine Unmenge christlicher Allegorien, zeigt die idealisierte Gemeinschaft der Völker und in der Mitte einen Phönix, der sich aus der Weltkriegsasche erhebt. Beim Anblick des ungeschlachteten Vogels, dessen Flügel aussehen wie zwei von Kinderhänden gezeichnete Elefantenhornen, kann ich mich nicht entscheiden, ob ich lachen oder weinen soll. Schlagartig kommt mir alles wie eine einzige Farce vor: der Saal, das Veto Russlands, die Gleichberechtigung der Nationen. Alles wirkt schreiend komisch und dabei tottraurig. Aus irgendeinem Grund fühle ich mich klein und in meiner Wut hilflos, während in meinem Kopf Fučíks Zirkusmarsch Einzug der Gladiatoren dudelt. Gleichzeitig spüre ich, wie ich in den Sog eines Satzes gerate: Realitäten muss Genüge getan werden. Je häufiger ich ihn wiederhole, desto verführerischer wird er, wenn er mit süßer Sirenenstimme säuselt: „Komm. Steck den Kopf in den Sand und stell dich tot, dann musst du nicht länger denken. Hier gibt es kein Richtig und kein Falsch. Alles kann bleiben, wie es ist. Du kannst eh nichts ändern. Mach

die Augen zu. Lass einfach los.“ Ein Satz, der so praktisch scheint: Warum haben wir Putin nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim einfach weiter gewähren lassen, obwohl abzusehen war, wohin das führt? Warum haben wir die Ukraine nicht rechtzeitig in die Nato aufgenommen und so diesen Krieg verhindert? Wie ist es möglich, dass Russland eine Resolution gegen seinen Angriffskrieg abschmettern kann, während Putins Panzer über ukrainische Kinder rollen? Warum, Frau K., hören Sie nicht auf Kette zu rauchen, obwohl sie wissen, dass es Ihrer Gesundheit schadet? Viele Fragen, eine Antwort: Realitäten muss Genüge getan werden. BÄM – Problem gelöst. Ein Satz für alle Lebenslagen und für alle, die es gerne einfach mögen (auch wenn sie das Gegenteil beteuern).

Ich bezahle und gehe. Auf dem Heimweg denke ich an Orwells Farm der Tiere, an in den Sand gesteckte Vogelstraußenköpfe und sich tot stellende Opossums und frage mich, wer wohl den Mut hat, sich über Realitäten hinwegzusetzen.